

**Marija Kolak,  
Präsidentin des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)**

**Statement**

**Jahrespressekonferenz**

**22. März 2022**

Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR

Melanie Schmergal  
Abteilungsleiterin Kommunikation  
und Öffentlichkeitsarbeit /  
Pressesprecherin

Cornelia Schulz  
Pressesprecherin

Steffen Steudel  
Pressesprecher

Schellingstraße 4  
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

[presse@bvr.de](mailto:presse@bvr.de)  
[www.bvr.de](http://www.bvr.de)  
[twitter.com/BVRPresse](https://twitter.com/BVRPresse)  
[facebook.com/BVRBerlin](https://facebook.com/BVRBerlin)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer Jahrespressekonferenz – auch im Namen meiner Vorstandskollegen Dr. Andreas Martin und Daniel Quinten. Herr Quinten hat, das wissen Sie, im März die Nachfolge von Gerhard Hofmann angetreten und es ist seine erste Pressekonferenz als Vorstand des BVR. Schön, dass wir nun wieder bei Ihnen in Frankfurt sind und uns auch persönlich austauschen können. Sei es hier in der DZ BANK oder auch im Stream. Ich wünschte nur, die Umstände, in denen wir miteinander über viele aktuelle Themen aber auch über die Ergebnisse des Jahres 2021 reden, wären andere. Seit Wochen greifen russische Streitkräfte die **Ukraine**, einen souveränen Staat, mit äußerster militärischer Brutalität an. Dieser durch nichts zu rechtfertigende Angriff Wladimir Putins auf die Ukraine und das dadurch ausgelöste Leid der ukrainischen Bevölkerung machen uns fassungslos. Bis vor wenigen Wochen dürfte kaum jemand einen Angriffskrieg in Europa für ein realistisches Szenario gehalten haben. Bei aller Sorge um wirtschaftliche Fragen, über die wir nachher auch noch reden wollen: Zuallererst ist der Krieg eine menschliche Tragödie. Diejenigen, die aus dem Kriegsgebiet fliehen können, suchen auch in Deutschland Zuflucht. Sie treffen dort wie andernorts in der Europäischen Union (EU) auf eine große Welle der Hilfsbereitschaft. Auch die 772 Genossenschaftsbanken in Deutschland und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun, was in ihrer Macht steht, um den Flüchtenden angesichts ihres Leids zu helfen. Schnell haben die Genossenschaftsbanken außerdem unter Federführung des BVR eine gemeinsame **Spendenaktion** ins Leben gerufen, mit der die Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken in einem breiten Bündnis mit genossenschaftlichen Regionalverbänden, den Genossenschaften der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft und den gewerblichen Genossenschaften und Verbundgruppen das Deutsche Rote Kreuz mit bis heute 1,5 Millionen Euro unterstützen. Neben ganz praktischen Dingen des Alltags benötigen die in Deutschland eintreffenden Flüchtenden dringend Zugang zu Bankdienstleistungen und zu Bargeld. Wir sind deshalb froh darüber, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf drängende Bitte der Deutschen Kreditwirtschaft die ukrainische Identity Card als Identifikationsdokument bei der Basiskontoeröffnung zugelassen hat. Der Umtausch von Hrywnja in Euro bleibt hingegen ein Problem, weil es hierfür kein Clearing gibt. Wir hoffen, dass es auch in dieser Hinsicht bald eine Lösung gibt.

Mit Blick auf das Kriegsgeschehen ist es von großer Bedeutung, wie die westlichen Demokratien reagieren. Es geht, meine Damen und Herren, um nichts Geringeres als um die Wiederherstellung des Friedens in Europa. Die EU hat mit einer starken gemeinsamen Antwort auf den Angriff ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Sie verhängte in enger Abstimmung mit ihren Partnern wie den USA und Großbritannien in kürzester Zeit weitreichende und beispiellose **Sanktionen** gegen Russland und Weißrussland. Das weitgehende Abkoppeln Russlands vom internationalen

Waren- und Dienstleistungsverkehr und der Rückzug der ausländischen Investoren ist eine Zeitenwende und ein Zeichen dafür, dass die Phase der unbeschwertten Globalisierung endgültig vorbei ist. Von Staaten, die die Menschenrechte und das Völkerrecht nicht achten, darf Deutschland und dürfen die westlichen Demokratien nicht abhängig sein. Die Sanktionen sind – um das ganz deutlich zu sagen – angemessen. Die wirtschaftliche Betroffenheit in Deutschland kann mit Blick auf das Leid in den Kriegsgebieten nur ein untergeordneter Faktor sein, das ist uns bewusst. Deshalb an dieser Stelle nur der Hinweis, dass die unmittelbaren Folgen für die Genossenschaftsbanken sehr überschaubar sind, Herr Quinten wird später darauf noch eingehen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken unterstützen ihre mittelständischen Kunden in dieser herausfordernden Situation umfassend und stehen ihnen als zuverlässiger Partner zur Seite. Der BVR hält daher engen Kontakt zu den zuständigen Bundesministerien, der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Kommission. Alle zentralen Dienstleister der FinanzGruppe befinden sich in einem eng abgestimmten Unterstützungsmodus.

Stark steigende Energiepreise und damit verbunden hohe Kostensteigerungen, wegfallende Importe und Exporte und die Ungewissheit über den Fortgang des Krieges in der Ukraine haben erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft. Sicher ist, dass die **Inflation** höher ausfallen und das Wachstum gedämpft werden wird. Wir rechnen in diesem Jahr mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um rund 5 Prozent im Jahresdurchschnitt und einem realen Wirtschaftswachstum von rund 2 Prozent. Vor dem Beginn des Krieges waren wir noch von einer Inflation von knapp 3 Prozent und einem Wachstum von rund 4 Prozent ausgegangen. Die extrem hohe Inflationsrate, die nur allmählich sinken wird, ist Folge der im Zuge des Ukraine-Krieges stark gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise. Mit einem Abschied von den Minuszinsen noch in diesem Jahr würde im Übrigen die Europäische Zentralbank zeigen, dass sie der hohen Inflation entschlossen entgegentritt. Die Frage sollte nur noch sein wann und nicht ob.

In den letzten Wochen wurde viel über eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger diskutiert und die Bundesregierung bereitet auch konkrete Maßnahmen vor. Aber die Politik kann und darf die Belastungen allenfalls teilweise kompensieren. Die öffentlichen Haushalte stehen selbst vor massiven Herausforderungen angesichts des Klimaschutzes und der demografischen Alterung und dürfen nicht überfordert werden. Es ist daher wichtig, die **Schuldenbremse** ab dem kommenden Jahr wieder konsequent einzuhalten. Und zwar nicht nur, um die volle finanzpolitische Handlungsfähigkeit zu erhalten, sondern auch um die nachfolgenden Generationen nicht mit einer schweren finanziellen Hypothek zu belasten. Die hohen Energiepreise sind nicht nur für die Privathaushalte eine große Herausforderung, sondern zusammen mit den allgemein sehr hohen Rohstoffpreisen und den verschärften

Materialengpässen auch für den Mittelstand. Die Betroffenheiten fallen je nach Wirtschaftszweig und Ausgestaltung der Lieferketten sehr unterschiedlich aus. Sie reichen von Fragen zur technischen Abwicklung von Sanktionen bis hin zu Produktionsausfällen aufgrund weggebrochener Lieferketten. Gerade für kleinere mittelständische Unternehmen mit einem begrenzten Auslandsgeschäft sind die Folgen der Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen eine große Herausforderung. Als wirksame **Entlastung** für die hohen Energiepreise wäre eine Absenkung der Stromsteuer eine klimapolitisch unbedenkliche, in der Breite wirksame und finanzpolitisch noch verkraftbare wirtschaftspolitische Maßnahme, die sowohl Privathaushalten und dem Mittelstand zugutekäme. Einen Tankrabatt halte ich demgegenüber nicht für zielführend. Weitere Entlastungen sollten gezielt auf einkommensschwache und besonders stark belastete Haushalte fokussiert werden. Insofern gehen die von der Bundesregierung im Steuerentlastungsgesetz 2022 vorgesehenen Maßnahmen in die richtige Richtung. Angesichts der positiven Erfahrungen während der Corona-Pandemie mit den Corona-**Förderkreditprogrammen** der Förderkreditinstitute des Bundes und der Länder sollten zeitnah ähnliche Programme mit umfangreicher staatlicher Haftungsfreistellung für die betroffenen Unternehmen zur Verfügung stehen, soweit erforderlich auch unter Anpassung des EU-beihilferechtlichen Rahmens.

Meine Damen und Herren, die Genossenschaftsbanken waren und sind ein verlässlicher Partner auch in schwierigen Zeiten. Ertragsstark und mit einer soliden Eigenmittelbasis ausgestattet, sorgen sie auch in dieser herausfordernden konjunkturellen Lage für Stabilität und Leistungsstärke im deutschen Finanzsektor. Und das ist unerlässlich, wenn es darum geht, die Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität mit nachhaltigen Finanzierungen zu unterstützen und Deutschland unabhängiger von fossilen Energien zu machen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Deutschland stehen bereit. Und schließlich wollen wir auch selbst unseren Beitrag zur **Nachhaltigkeit** leisten und zwar in allen Bereichen. So unterstützt der BVR seine Mitgliedsinstitute darin, ein strategisches Nachhaltigkeitsmanagement aufzusetzen. Ein Hebel bei der ökologischen Nachhaltigkeit ist unsere neue Klima-Initiative, in der wir die Klimaschutzprojekte der Volksbanken und Raiffeisenbanken bündeln und um bundesweite Maßnahmen anreichern. Auftakt war gestern der erste Spatenstich zur bundesweiten Pflanzaktion von 1 Million Bäumen in zwei Jahren mit unserem Partner, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald.